

Ressort: Politik

## Union wirft SPD zögerlichen Kampf gegen Organisierte Kriminalität vor

Berlin, 01.10.2014, 15:29 Uhr

**GDN** - Führende Unions-Innenpolitiker haben dem Koalitionspartner SPD schwere Vorwürfe beim Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) gemacht und pochen auf eine zügige Umsetzung des Koalitionsvertrags. CDU-Vize Thomas Strobl forderte das Bundesjustizministerium von Heiko Maas (SPD) auf, zügig den Koalitionsvertrag umzusetzen und die Beschlagnahme von Mafia-Vermögen zu erleichtern: "Ich erwarte, dass Bundesjustizminister Maas zügig hierzu einen Gesetzentwurf vorlegt", sagte Strobl der "Welt".

"Wenn sein Ministerium 120 Seiten zur Frauenquote auf Papier bringen kann, sollte er auch in der Lage sein, Gesetzentwürfe gegen organisierte Kriminelle auf den Weg zu bringen." Angesichts der Vorstellung des Bundeslagebildes zur OK erklärte der Unions-Fraktionsvize: "Die Zahlen beweisen, dass wir schnell konkrete Maßnahmen gegen die Organisierte Kriminalität brauchen." Man müsse die Beschuldigten "dort packen, wo es ihr weh tut: beim Geld". Dazu sei die im Koalitionsvertrag vereinbarte Beweislastumkehr notwendig. "Die legale Herkunft unnatürlich hoher Geldvermögen soll künftig bewiesen werden müssen, um die Geldquellen von organisierten Kriminellen besser auszutrocknen." Auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer, fordert vom Koalitionspartner mehr Tempo: "Wenn wir die Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen wollen, müssen wir endlich die Beschlagnahme des Vermögens erleichtern. Ich sehe das Justizministerium in der Bringschuld, den Koalitionsvertrag umzusetzen." Es müsse leichter gemacht werden, Konten zu sperren, Immobilien zu pfänden oder Luxusautos zu konfiszieren, sagte Mayer der "Welt". Das Justizministerium erteilt einer schnellen Umsetzung der Vereinbarung allerdings eine Absage. Ein Sprecher erklärte auf Anfrage der Zeitung, etwaige Maßnahmen würden derzeit geprüft. Ein Symposium zu dem Thema sei in Planung. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD folgende Vereinbarung getroffen: "Das Recht der Vermögensabschöpfung werden wir vereinfachen, die vorläufige Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern und eine nachträgliche Vermögensabschöpfung ermöglichen."

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-42067/union-wirft-spd-zoegerlichen-kampf-gegen-organisierte-kriminalitaet-vor.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619